

Die 1950er Jahre - Wissenschaftliche Betrachtungen eines wegweisenden Jahrzehntes

Veranstalter: Historikerinnen und Historiker vor Ort e.V (HvO)

Datum, Ort: 10.10.2003, Bochum

Bericht von: Andrea Niewerth

Am Freitag, den 10. Oktober 2003 fand im „Haus der Geschichte des Ruhrgebietes“ in Bochum die jährliche Herbst-Tagung des Vereins „Historikerinnen und Historiker vor Ort e.V.“ statt. Rund 30 Mitglieder und Interessierte waren dem Ruf gefolgt, sich in zwei Sektionen über unterschiedliche Aspekte der 1950er Jahre zu informieren.

Nach einer kurzen Begrüßung des Vorsitzenden Wolfgang Antweiler (Stadtarchiv Hilden, Wilhelm-Fabry-Museum Hilden), führte der ‚Hausherr‘ der Institution, Klaus Tenfelde, umrisshaft in die Geschichte der Örtlichkeit ein.

Die 1998 als Stiftung gegründete „Bibliothek des Ruhrgebietes“ residiert seit November 1999 im Gebäude des ehemaligen Berg-Verlages. Diese als Public-Private-Partnership zwischen der Ruhr-Universität Bochum und der Stadt Bochum initialisierte Kooperation beheimatet eine rund 500.000 Bände umfassende Fachbibliothek, zu der u.a. die Bestände der ehemaligen Bergbau-Bücherei, der ehemaligen Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, aber auch die Internationale Bauausstellung Emscher Park (IBA) zählen. Weitere Informationen zum „Haus der Geschichte des Ruhrgebietes“ finden Sie unter www.ruhr-uni-bochum.de/isb.

Erika Münster-Schröer (Stadtarchiv Ratingen), Moderatorin der ersten Sektion „Geschichtswissenschaft und Öffentlichkeit“, erläuterte zunächst rückblickend, wie es zur Wahl des Tagungsthemas gekommen sei. Sowohl auf der Jahreshauptversammlung 2002 als auch auf der zurückliegenden Frühjahrstagung habe man die Frage eines neuen „Konjunkturthemas“ diskutiert und so die Beschäftigung mit den 1950er Jahren beschlossen. Münster-Schröer führte weiterhin in die Grundtendenzen der 1950er Jahre ein und stellte die beiden Referenten der Sektion, Bernd Faulenbach und Peter Henkel, vor.

In seinem Vortrag „Nur Restauration und Verdrängung? Zu Geschichtswissenschaft und Geschichtsbewusstsein der fünfziger Jahre“ beschäftigte sich Bernd Faulenbach (Forschungsinstitut Arbeit, Bildung, Partizipation e.V. / Ruhr-Uni

Bochum) überblicksartig mit den Entwicklungen der Geschichtswissenschaft in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Auf verschiedenen Ebenen fokussierte Faulenbach die Frage, inwieweit die jüngste Vergangenheit in den fünfziger Jahren verdrängt oder „bewältigt“ wurde.

Da die Geschichtswissenschaft keine klassische „Emigrations-Wissenschaft“ war, kam es nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges recht schnell zu einer Vielzahl von Wieder- und Neugründungen innerhalb der Disziplin: 1948 wurde der Historiker-Verband reorganisiert, bereits 1949 fand der erste Historiker-Tag der Nachkriegszeit statt. An institutionellen Neugründungen war vor allem das Institut für Zeitgeschichte in München, das Institut für europäische Geschichte in Mainz, die Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien sowie der Arbeitskreis für moderne Sozialgeschichte zu verzeichnen. ‚Neu‘ war vor allem, dass Zeitgeschichte nunmehr verstärkt als eine eigene Institution verstanden wurde.

Innerhalb der wissenschaftlichen Diskussion sei das „Dritte Reich“ (entgegen der These Lübbers vom „kollektiven Schweigen“), so Faulenbach, keinesfalls per se verdrängt worden. Allerdings habe man inhaltlich einen eher „moralisch gezähmten Historismus“ (Schulin) praktiziert. In den fünfziger Jahren stand im Mittelpunkt der historischen Forschung zunächst das Kriegsgeschehen an sich, im Hinblick auf die NS-Zeit vor allem die NS-Ideologie mit ihren Wurzeln, aber auch Hitler selbst oder der Widerstand des 20. Juli. Eine wirkliche Aufarbeitung bzw. Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit habe jedoch nicht stattgefunden, der Holocaust war (noch) ein Thema unter vielen. Erst im Verlaufe des Jahrzehntes kristallisierte sich heraus, dass der Holocaust nicht zu den Kriegsverbrechen allgemein zu zählen sei und auch in der Öffentlichkeit habe man erst schrittweise seine Einzigartigkeit begriffen. Entsprechend war der Umgang mit der Erinnerungskultur in den 1950er Jahren geprägt vom reinen Kriegsgeschehen: Zunächst wurden vor allem Denkmäler für die Opfer des Zweiten Weltkrieges errichtet. Ein kritischer Umgang mit den Täter- und Opferorten fand auch in diesem Bereich nicht statt, eine Gedenkstättenkultur setzte erst in den 1960er Jahren ein.

Nach einer Verstrickung der Geschichtswissenschaft in den Nationalsozialismus wurde allerdings erst spät gefragt: In einem Projekt sind Ende der

1990er Jahre die Schüler von Historikern, die auch schon in der NS-Zeit gelehrt haben, interviewt worden, inwieweit sie nach der Verwicklung ihrer akademischen Väter in der NS-Zeit gefragt hätten. Das Ergebnis überrascht nicht: Von Schülerseite wurde in der Regel nicht gefragt - zu groß war der Abstand zwischen den Generationen und die Lehrenden selbst schwiegen in der Mehrheit über ihre Vergangenheit.

Nach Meinung Faulenbachs, so das Fazit, seien die 1950er Jahre geprägt gewesen von einer Fülle von Ambivalenzen und Halbheiten. Eine spezifische Verdrängung, keine Verdrängung allgemein, kennzeichneten seiner Meinung nach die Jahre des Wiederaufbaus. Die Frage nach einer gesellschaftlichen Verantwortlichkeit wurde noch nicht gestellt. Diese habe erst in den 1960er Jahren ihren „diskursiven Raum“ gefunden.

Innerhalb der Diskussion wurde auf die Glaubwürdigkeit der „Oral History“ eingegangen sowie auf die unterschiedliche Erinnerungskultur in der BRD und der DDR

Der Tatsache, dass jedes Milieu der Gesellschaft seine eigene Presse hat, trägt auch die Kirche Rechnung. Am Beispiel der katholischen Presse führte Peter Henkel (Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv, Düsseldorf) im anschließenden zweiten Vortrag „Presse im Wandel. Die deutsche Presselandschaft nach 1945“ die Presseentwicklungen in den 1950er Jahren am Beispiel der katholischen Presse aus.

Zunächst war zu klären, was unter der „katholischen Presse“ zu verstehen sei: Grundsätzlich splittete sich diese in zwei Gruppen, die klerikal-katholische (Bistumsblätter, Missionsblätter etc.) und die katholisch-politische Presse. Letztgenannte, die sich im wesentlichen als Sprachrohr zur Selbstbehauptung der Katholiken verstand, war im weiteren Gegenstand Henkels Ausführungen. Nach einem kurzen Ausblick auf die Entwicklung der katholischen-politischen Presse bis 1945 (insgesamt bezeichneten sich 1933 ca. 450 der insgesamt 4.500 Tageszeitungen im Deutschen Reich als katholisch), stellte Henkel am Beispiel zweier Verleger - Anton Betz, Gründer und Herausgeber der „Rheinischen Post“, und Johann Wilhelm Naumann, Herausgeber der „Deutschen Tagespost“ - die Möglichkeiten und Schwierigkeiten der Etablierung einer katholisch-politischen Presse in der Nachkriegszeit dar.

Bereits 1945 gab es erste Überlegungen zur Restauration der katholischen Presse. Allerdings

krankte diese daran, dass der Anteil der Kleriker, die entweder Anteile der Zeitung besaßen oder selbst darin schrieben, zu diesem Zeitpunkt sehr hoch und, damit zusammenhängend, der Leserkreis zunächst sehr eingeschränkt war.

Anliegen des Verlegers Anton Betz war es schon in den 1920er Jahren, die katholische Presse journalistisch wie wirtschaftlich durch Fachkräfte zu führen. Nach 1945 hat Betz folgende Ansprüche an eine konfessionell gebundene Tagespresse gestellt: Sie sollte überregional konzipiert sein, ohne parteipolitische Festlegung Politik und Gesellschaft begleiten und vom katholischen Standpunkt aus bewerten, sie solle aufgrund ihrer Qualität die Masse ansprechen und so für den katholischen Standpunkt gewinnen und nicht aufgrund der katholischen Ausrichtung überzeugen. Eine solche Zeitung hätte dann auch internationale Bedeutung. Bereits 1947 konnte der Verleger, der maßgeblich an den Debatten zum Wiederaufbau der deutschen Presse beteiligt war, eine Doppellizensierung für eine Tageszeitung in Straubing und eine katholischen Wochenzeitung in München erlangen. Allerdings konnte Betz seine Leitlinien von Beginn an nicht umsetzen, so dass bereits im Februar 1950 das Konkursverfahren eröffnet wurde. Damit war der Versuch, eine katholische Presse mit gesundem wirtschaftlichem Fundament zu etablieren, nach nicht einmal zwei Jahren gescheitert.

Auch Johann Wilhelm Naumann verfolgte ähnliche Impulse. Allerdings war seine Position generell kirchennäher: Er forderte eine eindeutig katholischen Zeitung, in welcher es ihm um die Stärkung des religiös-katholischen Bewusstseins ging. Auch Naumann versuchte unmittelbar nach der „Stunde Null“ seine Ziele in die Praxis umzusetzen: Er gab zunächst die Zeitschrift „Neues Abendland“, dann die „Schwäbische Landeszeitung“ heraus. 1948 trennte sich Naumann von seinem Lizenzträger Curt Frenzel und gründete die katholischen „Augsburger Tagespost“. Aber auch dieses Unternehmen war schon 1949 finanziell so gefährdet, dass Naumann den Klerus um Werbung durch die Kanzel bitten musste; zudem wurden Mittel seitens der Bischöfe bereitgestellt. Damit war auch sein Konzept, die Kirche als Institution nicht miteinzubeziehen, gescheitert.

Beide Beispiele seien, so Henkel, typisch für den Versuch, nach 1945 wieder eine wirkungsvolle katholische Presse aufzubauen. Ein grundlegendes Problem habe für die „Macher“ darin bestanden, dass eine katholische Presse erst mit dem Wegfall

des Lizenzzwanges 1948 zu realisieren war. Damit waren vor allem wirtschaftliche Probleme ausschlaggebend für Gelingen und Nicht-Gelingen. Darüber hinaus sei der Versuch, den katholischen Klerus aus der Tagespresse gänzlich auszuschließen, nicht durchzuführen. Damit war die Restauration in beiden Beispielen zwar mit gutem Willen geplant, jedoch in erster Linie an der Unterschätzung der finanziellen Vorbedingungen gescheitert. In der anschließenden Diskussion wurde die Frage, inwieweit es von den beiden Herausgebern ‚wirklichkeitsfremd‘ war, nach 1945 wieder eine katholische Zeitung etablieren zu können, wo diese doch schon 1933 an mangelndem Zuspruch ‚krankte‘, diskutiert.

Die zweite Sektion der Tagung, die durch Susanne Freund (Institut für vergleichende Städtegeschichte, Münster) geleitet wurde, beleuchtete in Fortführung des Tagungs-Konzeptes Aspekte der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der 1950er Jahre. Freund stellte zunächst die Referenten vor, um dann mit Blick auf den ersten Vortrag historische Hintergründe zur Situation der Frau in den 1950er Jahren zu erläutern sowie einen kurzen Ausblick auf die Errungenschaften der Frauenbewegung zu geben.

Der Film „Lohn und Rosen - Ein Stück Revier“ (6:30 Min.) diente Martina Kliner-Fruck (Stadtarchiv Witten) als Einstimmung in ihren Vortrag „Bella, bella, bella Marie... - Zur ‚Neu‘-Definition der Frauenrolle in den 1950er Jahren in Westdeutschland“. Die Audiovision entstand, wie Kliner-Fruck im Anschluss an ihren Vortrag erläuterte, anlässlich der „top job 2000“, einer regionalen Berufsmesse für Frauen und Mädchen, und zeigt in assoziativen Bildern die Veränderung des von Stahl und Kohle geprägten Ruhrgebietes und der darin lebenden Frauen.

Geschichte sei, so Kliner-Fruck, ein Kontinuum mit Einschnitten und (nur scheinbaren) „Neuanfängen“. Die unmittelbare Nachkriegszeit stehe daher in direkter Verbindung zu den Entwicklungen des „Dritten Reiches“. Die für das Frauenleitbild der fünfziger Jahre relevanten Rahmenbedingungen führte die Referentin schlaglichtartig aus.

Nachkriegsdeutschland sei zunächst ein Land der Frauen gewesen - 1945 lebten hier 7 Mio. mehr Frauen als Männer, 1950 waren es noch 4 Mio. und 1955 immerhin noch 2,8 Mio. Damit war die demographische Situation nach dem Krieg die der „unvollständigen Familie“. Die Zahl der „freien Verhältnisse“ nahm zu, die „Krise der Ehe“ schritt

fort, die Scheidungsrate (wie auch die Zahl der Eheschließungen!) stieg sprunghaft an.

Seit Beginn der 1950er Jahre änderte sich die Einstellung zum Frauenüberschuss: Alleinstehende Frauen wurden zunehmend diskriminiert und als Gefahr für bestehende Ehen gesehen. 1953 wurde das Familienministerium unter Franz-Josef Wuermeling errichtet, die Familie als „Urkern staatlicher Gemeinschaft“ und die Frau als „segenspendendes Herz“ derselben definiert. Diese ideologische Aufwertung der Ehefrau und Mutter implizierte jedoch gleichzeitig die Abwertung der Frau als Erwerbstätige sowie der Gleichstellung von Frau und Mann.

Die Familiensoziologie erlebte seit dem Anfang der fünfziger Jahre einen Aufschwung - die meisten Soziologen befürworteten allerdings eine partnerschaftliche Ehe nur so weit, wie geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und männliche Autorität beibehalten wurde. Insgesamt wurde die Übernahme männlicher Rollenteile durch die Frau als gefährdend für die Familie beurteilt. Die Wiederherstellung traditioneller Rollenmuster ist durch die allgemeine wirtschaftliche Situation der fünfziger Jahre unterstützt worden: Unmut über weibliche Doppelverdiener machte sich breit, viele Unternehmen waren häufig nicht daran interessiert, verheiratete Frauen weiter zu beschäftigen.

Zwar trat am 1. Juli 1958 das Gleichberechtigungsgesetz in Kraft, das die patriarchalischen Familienstrukturen liberalisierte, indem es die väterliche Autorität minderte, dennoch wurde auch weiterhin eine strikte Arbeitsteilung innerhalb der Familie beibehalten, die sich in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens niederschlug: Wohnkultur und Haushalt, Film und Kino sowie die Mode spiegelte das Frauenbild der „schicken, adretten und gepflegten Hausfrau und Mutter in einer modernen Komfortküche“. Resümierend stellte Kliner-Fruck fest, dass das Frauenleitbild sowie das Geschlechterverhältnis in den 1950er Jahren sowohl kontinuierlich wie brüchig waren. Beides, Elemente der Modernisierung wie der Restauration seien erkennbar.

In der anschließenden Diskussion wurde besonders ausführlich auf die unterschiedlichen Formen der Auflösung der Erwerbstätigkeit von Frauen z.B. bei Heirat eingegangen.

Zum Abschluss der Tagung stellte Stefan Goch (Institut für Stadtgeschichte, Gelsenkirchen / Ruhr-Uni Bochum) in seinem Vortrag „Struktureller Wandel in den Regionen Nordrhein-

Westfalens: Abwärts oder (doch) aufwärts?“ die Frage, ob die Entwicklung des Landes NRW in den 1950er Jahren tatsächlich als „Misserfolg“ zu bewerten ist.

Die Gründung des Bundeslandes NRW war eine „Schöpfung“ der Alliierten und wurde vor allem durch die räumliche Lage des Ruhrgebietes, dem aufgrund seiner industriellen Struktur eine besondere Stellung zukam, bestimmt. Da Kohle und Stahl für den Wiederaufbau ganz Europas von besonderer Wichtigkeit waren, wurde hier bereits 1947 die Produktion wieder angekurbelt. Als „industrielles Herz“ Westdeutschlands bestritt NRW 1951 40% der bundesdeutschen Industrieproduktion, bereits 1957 wurde hier ein Maximum am bundesdeutschen Sozialprodukt erreicht. Damit war sehr schnell wieder die alte schwerindustrielle Struktur entstanden. Gleichzeitig führte aber auch diese einseitig geförderte montanindustrielle Struktur in die spätere Strukturkrise.

Für die Industriestruktur NRW's waren außerdem die chemische Industrie wie auch die Textil- und Bekleidungsindustrie von besonderer Wichtigkeit. Vor allem die in den fünfziger Jahren stattfindende Neuansiedlung der Bekleidungsindustrie im Ruhrgebiet (in anderen Teilen NRW's hatte dieser Industriezweig bereits eine längere Tradition), die vor allem die fehlenden Frauenarbeitsplätze schuf, sei Ausdruck eines beginnenden Strukturwandels gewesen. In NRW arbeiteten zu Beginn der 1950er Jahre bereits ein Drittel aller rund 600.000 Beschäftigten in diesem Industriezweig. Bis in die 1970er Jahre war die Textilindustrie in der Bundesrepublik die größte Branche der Verbrauchsgüterindustrie.

Als weiteren Wirtschaftsbereich neben Kohle und Stahl, der chemischen sowie der Bekleidungsindustrie betrachtete Goch Handwerk und Dienstleistungen. Wengleich die Entwicklung des Handwerks, trotz regional sehr unterschiedlicher Ausprägungen, für NRW insgesamt dem Bundestrend folgte, blieb das Handwerk und damit auch der gesamte Bereich des Dienstleistungssektors gerade im Ruhrgebiet hinter der bundesrepublikanischen Entwicklung zurück. Der Dienstleistungssektor siedelte sich vielmehr vor allem entlang der Rheinschiene an. Schließlich war auch die Landwirtschaft ein durchaus bestimmender Wirtschaftsfaktor für das Land NRW (wenn auch nicht ausgesprochen für das Ruhrgebiet). Noch heute wird etwa die Hälfte der Landesfläche NRW's landwirtschaftlich genutzt.

Zusammenfassend kam Goch zu dem Schluss, dass hier die alte Wirtschaftsstruktur von den Akteuren zunächst wieder angesiedelt worden ist. Gegenüber anderen Ballungsräumen war das Ruhrgebiet zunächst nach wie vor altindustriell geprägt, wodurch das ganze Land NRW „heruntergezogen“ wurde. Bereits am 22. Februar 1958 wurden im Ruhrbergbau erste Feierschichten gefahren und auch die Eisen- und Stahlproduktion ist auf weniger als 1/5 abgesunken. Zwischen 1961 und 1987 sind 1,5 Mio. Arbeitsplätze im produzierenden Sektor verlorengegangen. Dennoch, so Goch, habe sich das Ruhrgebiet zwischen 1950 und 2000 in seiner Struktur fortentwickelt, weshalb der vorgeworfene „Misserfolg“ eher ein „hausgemachtes Problem“ sei. Innerhalb des gesamtdeutschen Problems habe das Land NRW allenfalls eine „normale“ Entwicklung durchlebt. Es sei heute keine monostrukturierte Region mehr, der Wandel habe sich seit den 1960er Jahren durch immer neue Strukturpolitikprogramme vollzogen. Das Defizit des Ruhrgebietes bei der Bildungsinfrastruktur sei frühzeitig erkannt worden, damit einhergehend habe ein merkbarer sozialstruktureller Wandel stattgefunden: Der Arbeiteranteil sank (bereits 1970 auf unter 50%), der Anteil der Angestellten stieg und auch die freien Berufe erreichten hier einen landesweit durchschnittlichen Anteil an der Bevölkerung. Seit den 1960er Jahren erhielt vor allem das Ruhrgebiet eigene Universitäten und Fachhochschulen mit dem Ergebnis, dass NRW heute eine der dichtesten Hochschullandschaften Europas ist.

Ein wesentlicher Vorteil der durchlebten wirtschaftlichen Entwicklung sei, so Goch, dass man heute und hier „nicht mehr so hart getroffen werden kann“. Von daher wäre es ungerecht, die Geschichte NRW's als Misserfolgsgeschichte zu sehen - vielmehr sei sie eine Erfolgsgeschichte!

In der Diskussion wurde auf die Sozialpläne des Bergbaus sowie auf die allgemeine Kulturpolitik in den 1950er Jahren eingegangen. Als eine wesentliche Nachkriegsproblematik wurde außerdem die Abwanderung diskutiert, durch welche in der Regel finanzielles Kapital sowie ‚Know how‘ verloren ging.

Im Anschluss an die Tagung fand die Jahreshauptversammlung des Vereins „Historikerinnen und Historiker vor Ort e.V.“ statt.

Als Vorstand wurde für die nächsten zwei Jahre wiedergewählt: Dr. Wolfgang Antweiler (Vorsitzender), Dr. Erika Münster-Schröer (stellvertreten-

de Vorsitzende), Andreas Determann (Schatzmeister) und Stefan Schröder (Schriftführer). Der Beirat wird bekleidet durch: Dr. Susanne Freund, Karin Hockamp, Gabriele John, Dr. Martina Kliner-Fruck, Gerd Pomykaj und Michael Wolter.

Die nächste Frühjahrstagung wird zum Thema „Vermittlungsformen im archiv- und museumsdidaktischen Bereich“ voraussichtlich am 7.5.2004 in Gummersbach stattfinden.

Für die nächstjährige Herbsttagung wurde das Thema „Kommunale Neuordnung“ beschlossen. Als Örtlichkeit ist der Landschaftsverband Rheinland in Köln vorgesehen.

Das Protokoll der Mitgliederversammlung geht den Mitgliedern gesondert zu.

REFERENTEN

PROF. DR. BERND FAULENBACH

Jg. 1943; Historiker; stellv. Direktor des Forschungsinstitutes Arbeit, Bildung, Partizipation, Recklinghausen und Professor an der Fakultät für Geschichtswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum; diverse Funktionen im Grenzbereich von Wissenschaft und Politik; Vorsitzender der Expertenkommission/ Fachkommission brandenburgische Gedenkstätten; Mitglied der beiden Bundestagsenquete-Kommissionen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und stellv. Vorsitzender der Stiftung Aufarbeitung; Mitglied des Beirates der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas u. a.; Arbeitsgebiete: Geschichte von Geschichtswissenschaft und Geschichtsbewusstsein, Diskussion über den „deutschen Sonderweg“, Geschichte der Weimarer Republik, der NS-Zeit und der beiden deutschen Staaten, Geschichte der Arbeiterbewegung, Regionalgeschichte sowie Theorie und Didaktik der Geschichte, in diesen Gebieten zahlreiche Veröffentlichungen.

PETER HENKEL M.A.

Jg. 1975, Historiker, Studium der Geschichte und Politikwissenschaft an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Schwerpunkt Nationalsozialismus und Pressegeschichte. Beschäftigt am Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Landeskoordinierungsstelle Rheinland zur Nachweisbeschaffung für ehemalige NS-Zwangsarbeiter. Arbeit an einer Dissertation zum Verleger Dr. Anton Betz, Düsseldorf.

PD DR. SOC. STEFAN GOCH

Jg. 1958; Politikwissenschaftler; wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Stadtgeschichte Gelsenkirchen; Privatdozent an der Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum;

zahlreiche Publikationen zur Arbeiterbewegungskultur, zur Stadtgeschichte und Urbanisierung, zu politischen Lagern und Milieus und zum Strukturwandel.

DR. PHIL. MARTINA KLINER-FRUCK

Jg. 1959; Lehramtsstudium (Sekundarstufe I) der Fächer Geschichte und Deutsch; 1988-1994 wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Stadt Witten; 1994 Promotion in Sozialwissenschaften und Geschichte an der Universität Dortmund; seit 1995 Leiterin des Stadtarchivs Witten; Forschungsschwerpunkte: Frauen- und Geschlechtergeschichte, Lokal- und Regionalgeschichte u.a. zur Judenverfolgung.

Tagungsbericht *Die 1950er Jahre - Wissenschaftliche Betrachtungen eines wegweisenden Jahrzehntes*. 10.10.2003, Bochum. In: H-Soz-u-Kult 14.11.2003.